

Es ist nicht nur unreal, sondern geradezu Wahnsinn, wenn gewisse Kräfte in Westdeutschland wähen, auf dem Wege der Aufrüstung, über die multilaterale Atommacht der NATO und über den Militärpakt Bonn-Paris die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik erpressen und das internationale Kräfteverhältnis ändern zu können. Das Wettrüsten und der Griff nach Atomwaffen richten sich gegen den Frieden, gegen das deutsche Volk und gegen seine Wiedervereinigung.

Die Sicherung des Friedens hängt in erster Linie vom gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Atomrüstung, für die Senkung der Rüstungslasten und für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO ab. Wir wenden uns deshalb gerade an Sie, den Parteivorstand der SPD, weil in der Sozialdemokratischen Partei viele Arbeiter organisiert sind, die schon früher mutig gegen Faschismus und Krieg kämpften. In der jetzigen Zeit kann der Friede nur erhalten werden, wenn der Einfluß der aggressiven Kräfte zurückgedrängt wird.

Nach der ruchlosen Ermordung des Präsidenten der USA, John F. Kennedy, versuchen die reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen und des amerikanischen Imperialismus, die durch das Moskauer Abkommen eingeleitete Entspannung aufzuhalten und die Welt wieder in die Hysterie des kalten Krieges und an den Abgrund eines neuen Weltkrieges zu treiben.

Um so größer ist die Verantwortung gerade unserer Parteien. Selbstverständlich hegen wir nicht die Absicht, uns in die inneren Angelegenheiten Ihrer Partei einzumischen. Aber wir können und wollen nicht glauben, daß manche Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei die aussichtslose und selbstmörderische Politik der revanchistischen Verschärfung der Spannungen und des atomaren Wettrüstens dulden oder gar begünstigen.

Ungeachtet aller bestehenden politischen Meinungsverschiedenheiten erklärt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands seine uneingeschränkte Bereitschaft, auch alle Schritte der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen, die einer Minderung der Spannungen, der Abrüstung und einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten dienen.

Wir bitten Sie, vom Standpunkt der Mitverantwortung unserer Parteien für die Minderung der Spannungen in Deutschland und in der Welt Ihren Einfluß geltend zu machen, damit der Regierende Bürgermeister und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Westberlin einer offiziellen Vereinbarung über die Regelung der Passierscheinfrage zustimmen. Es läge